

WERTORIENTIERTE FAMILIENPOLITIK ERÖFFNET VIELFALT

CHRISTINE HADERTHAUER || Die Verantwortung der Politik liegt darin, Rahmenbedingungen dafür zu bieten, dass junge Leute gerne Eltern sind oder sein wollen. Erfolgreiche Familienpolitik fördert Vielfalt, um Familien die Freiheit zu geben, ihren Lebensentwurf zu leben. Familienpolitische Maßnahmen müssen langfristig und verlässlich sein und sollten die Verantwortung immer bei den Eltern belassen, ihnen vertrauen, dass sie ihre Aufgabe gut lösen. Zutrauen ermutigt, macht Lust auf Verantwortung.

Deutschland diskutiert wieder über seine Geburtenzahlen. Meist endet das darin, dass irgendjemand feststellt, dass die familienpolitischen Maßnahmen sinnlos seien, sie brächten nämlich keine Steigerung der Geburten mit sich.

Das finde ich fatal. Erstens weiß niemand, wie wenig Geburten wir ohne Familienleistungen hätten und zweitens muss es uns doch auch darum gehen, dass es den Familien in unserer Gesellschaft an sich gut geht, ganz egal wie viele Menschen sich heute noch für Familie entscheiden.

Wir sind ein hochentwickeltes Volk und haben unsere existenziellen Probleme gelöst. Aber eine analoge Erkenntnis zur Wirtschaftspolitik fehlt uns noch: „Das Kapital ist wie ein scheues Reh.“ Diesen Satz kennen wir alle. Er wird von Wirtschaftsvertretern sehr wirksam eingesetzt, wenn es darum geht, uns für ihre Anliegen zu sensibilisieren. Hinter ihm schimmern die mächtigen Wirkmechanismen unserer Volkswirtschaft durch. Wir akzeptieren diese aus guten Gründen und tun viel für beste Rahmenbedingungen. Es ist das, was wir „aktive Wirtschaftspolitik“ nennen.

In der Familienpolitik dagegen hat sich diese Sensibilität noch nicht durchgesetzt. Dabei sind Eltern oder junge Menschen, die sich überlegen Eltern zu werden, um im Bild zu bleiben, erst recht „scheue Rehe“. Anders als zu Zeiten Konrad Adenauers bekommen die Menschen heute eben

nicht zwangsläufig Kinder. Junge Frauen und Männer überlegen sich sehr genau, ob und wann sie Eltern werden wollen – oder eben nicht. Familiengründung ist längst keine Selbstverständlichkeit mehr, sondern vielmehr eine Option.

ERMÖGLICHEN STATT LENKEN

Was also kann, was soll die Politik tun? Nach meiner Überzeugung müssen wir dabei ansetzen, dass sich Kinder wie Eltern wohlfühlen in unserem Land. Der Wunsch, Eltern zu sein, muss junge Menschen wieder erfüllen, und zwar nicht mit Angst, sondern mit Freude. Eltern sein muss erfüllen mit Vorfreude auf eine lebenslange Bindung und nicht mit der Angst: „Oh Gott, was kommt da auf uns zu?“ Eltern sein muss erfüllen mit Vorfreude auf die Verantwortung für diese Bindung und nicht mit Angst davor.

Der Sinn und Zweck von Politik liegt nicht vorrangig darin, höhere Geburtenzahlen zu bewirken. Wir müssen vielmehr Rahmenbedingungen schaffen und weiterentwickeln, damit Eltern gerne Eltern sind und Frauen und Männer gerne Mütter und Väter werden wollen. Wir brauchen also eine Willkommenskultur für Eltern und Kinder. Wenn Elternsein ein Lebensentwurf ist, der sich gut anfühlt, steigen die Geburtenzahlen von ganz alleine.

ELTERN BRAUCHEN ZUTRAUEN STATT MISSTRAUEN

Vor allem wenn es um den Kinderwunsch geht, hört man bei uns bezeichnenderweise von jungen Menschen oft den Satz: „Ich weiß nicht, ob ich schon reif genug dafür bin.“

Ich habe noch keinen jungen Menschen einer anderen Nationalität gehört, der diesen Satz, der einem eventuell über die Lippen kommt, wenn einem ein toller Posten angeboten wird, in Verbindung mit der Familiengründung verwendet. Aber die jungen Menschen bei uns sagen das, wenn es um Kinder geht.

Das ist die Folge der bedenklichen Tendenz, jungen Familien in einer Intensität und Gründlichkeit, die kein anderes Land kennt, vorzuschreiben, wie sie leben sollen. Was Eltern am wenigsten wollen und was die Lust auf Familie am gründlichsten beseitigt, sind Lenkungsversuche des Staates in die Familie hinein.

Wir sollten deshalb mit dem ständigen Kommentieren und Bewerten von Lebensentwürfen aufhören und stattdessen dahin kommen, dass Eltern nicht mehr ständig hören, was sie alles falsch machen und lassen sollen, sondern irgendwann auch mal hören, was sie richtig machen und vor allem, dass sie es richtig machen. Die Politik hat private Lebensentwürfe nicht zu kommentieren, sondern zu ermöglichen wie den Unternehmern die Betriebsgründungen.

Wir sind leider längst zu einer Republik der „Bessermenschen“ geworden. Dabei hat eine Art „Super-Nanny-Politik“ Raum gegriffen. Der beste Beleg dafür sind die Forderung nach Bildungschipkarten für deutsche Eltern oder die moralische Aufladung der Betreuung von Ein- und Zweijährigen, die aus Eltern, die ihre Kleinstkinder selber betreuen wollen, plötzlich Bildungsverhinderer macht. Meist sind das zunächst sehr harmlos klingende und scheinbar gutgemeinte bemutternde Ansätze, sie verfehlen aber ihre Wirkung nicht bei den jungen Familien in Deutschland. Subtil steht ein fundamentales Misstrauen gegen Eltern dahinter. Abgeleitet vom problematischen Einzelfall, der sich immer finden lässt, wird Eltern kollektiv das Misstrauen ausgesprochen.

Dieser pädagogisch-moralische Impetus ist geeignet, bei jungen Eltern ein schlechtes Gewissen zu erzeugen. Nicht ohne Grund war noch keine Elterngeneration so verunsichert wie die heutige.

Wer verunsichert ist, hört nicht mehr auf sein „Bauchgefühl“, hat vor lauter Angst, etwas falsch zu machen, keine Lust mehr daran, Verantwortung selber zu übernehmen, und ist ein immer leichteres Opfer für staatliche Lenkung.

Natürlich lenkt Politik durch Rahmenbedingungen Eltern. Das lässt sich sehr schön an der Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz ablesen. Seit 1996 gibt es einen Rechtsanspruch für die Betreuung Über-Dreijähriger im Kindergarten. War es davor üblich, Kinder mit vier oder fünf Jahren, je nach familiärer Situation und Kinderpersönlichkeit, in den Kindergarten zu schicken, so besuchen ihn heute Kinder in der Regel mit drei Jahren. Eltern, die ihr Kind aus welchen Gründen auch immer nicht mit drei Jahren im Kindergarten haben, geraten unter Rechtfertigungsdruck. Genau diesen Wirkmechanismus bezwecken viele mit der Einführung des Rechtsanspruchs für Kinder ab einem Jahr. Der Rechtsanspruch war keine Zwangsmaßnahme für unwillige Bürgermeister, sondern das war ein Wink mit dem Zaunpfahl an eine Gesellschaft, in welche Richtung sie laufen soll: Ab 2013 wird man sich zu rechtfertigen haben, wenn man das Kind mit einem Jahr noch nicht in der Krippe angemeldet hat.

Verstärkt wird diese Tendenz durch die Entscheidung des Bundes aus dem Jahr 2007, das zweijährige Bundeserziehungsgeld abzuschaffen und durch ein einjähriges Elterngeld zu ersetzen. Daran, dass dies weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit und den Medien über die Bühne gegangen ist, und an den ausbleibenden Reaktionen auf diese Maßnahme wird deutlich, dass etwas bei uns im Land nicht stimmt, was Familien angeht.

Verkürzung des Elterngeldes auf ein Jahr plus Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag ist gleich Lenkungspolitik. Anders gesagt: Das ist Familienfreundlichkeit für Eltern, die nicht länger als ein Jahr aussetzen. Das ist Einheitspolitik vom Reißbrett. Jeder andere Familienentwurf als dieser Reißbrettentwurf gilt als widersprüchlich. Das ist der Einheitsweg, den die Politik auf Bundesebene in den letzten Jahren verfolgt. Die Fixierung und Konzentration aller familienpolitischer Maßnahmen auf nur einen (staatlich gewünschten) Familienentwurf wirkt auf das „scheue Reh“ Familie so

abschreckend, dass die Lust auf Familie die Flucht ergreift. Erfolgreiche Familienpolitik ist immer eine, die die Vielfalt fördert, die Familien Freiheit gibt, um ihren Familienentwurf zu leben.

FAMILIEN BRAUCHEN EIN GUTES GEFÜHL

Entscheidend ist dabei nie die einzelne Maßnahme, sondern das Gesellschafts- und Familienbild, das dahinter steht. Das macht das Grundgefühl aus, mit seinem Lebensentwurf willkommen zu sein. Wenn wir uns wissenschaftlich mit der Wirkungsweise von Politik auf Wohlgefühlgefühle von Familien beschäftigen, lernen wir, dass es nie und nirgends eine oder zwei Maßnahmen sind, die den Unterschied machen, sondern dass es immer auf das Gesellschaftsbild ankommt, das durch ein stimmiges Zusammenspiel verschiedener Maßnahmen überzeugt und getragen wird: Wichtig sind finanzielle Transfers, aber auch eine gute Arbeitsmarktsituation, richtige strukturelle Unterstützung, aber auch eine hohe Frauenerwerbstätigkeit.

Und dann müssen wir schlicht auch einmal Geduld haben und Maßnahmen wirken lassen. Natürlich haben wir alle – die Politik, aber auch der Echtzeitjournalismus – gewisse Schwierigkeiten mit solchen Zeitverzögerungen. Dennoch: Wir müssen hinnehmen, dass die Wirkungen von Familienpolitik sich immer erst verzögert zeigen.

Diese Zeitverzögerung ist ein wichtiges Wirkmoment. Wenn man nämlich alle vier Jahre umsteuert, dann wirkt gar keine Maßnahme. Die Entscheidung für ein Kind kann nicht gekauft werden über ein- oder zweijährig wirkende Leistungen, weil junge Leute so clever sind und wissen, dass Kinder Legislaturperioden überdauern. Das bedeutet aber: Eltern brauchen Verlässlichkeit durch ein von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragenes Familienbild. Junge Menschen, die sich überlegen, Eltern zu werden, sind sehr scheue Rehe, sie treffen nicht nur eine Entscheidung für ein oder zwei oder drei Jahre, sondern für das ganze Leben.

FAMILIENPOLITIK BRAUCHT GANZHEITLICHKEIT

Eltern brauchen Verlässlichkeit durch ein von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragenes Familienbild. Wenn Politik nicht glaubwür-

dig vermittelt, dass sie Zutrauen in die Familie hat, müssen wir uns nicht wundern, wenn Eltern verunsichert reagieren und sich immer mehr aus ihren Elternaufgaben zurückziehen. Daraus entsteht eine Abwärtsspirale, in der dem Staat immer mehr Elternaufgaben zugewiesen werden, statt Eltern dabei zu unterstützen, ihre Aufgaben zu erfüllen. Und es entsteht eine Gesellschaft, in der zu viele junge Menschen zweifeln: „Bin ich schon reif genug für ein Kind?“

Eine Politik dagegen, die Eltern vertraut, etwas zutraut und sagt: „Wie auch immer ihr das Leben leben wollt, es ist gut so; macht es so gut ihr könnt; wir versuchen die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass euch das gelingt; wir tun unser Möglichstes, damit ihr, liebe Eltern, möglichst Gestaltungsfreiheit habt“ – eine solche Politik trägt dazu bei, dass Eltern sich wohlfühlen und sich gerne und wohlüberlegt für Kinder entscheiden.

DER MENSCH IM MITTELPUNKT

Bayerische Familienpolitik setzt auf Zutrauen statt auf Misstrauen. Misstrauen dagegen ist eine sich selbsterfüllende Prophezeiung. Zutrauen schafft eine Willkommenskultur. Zutrauen ermutigt und stärkt, macht Lust auf Verantwortung.

Wertorientierte Familienpolitik will dieses Grundvertrauen vermitteln. Wertorientierte Familienpolitik ist inspiriert vom christlichen Menschenbild. Sie geht davon aus, dass der Staat zunächst einmal nichts besser kann als Eltern. Aus dem Alleinstellungsmerkmal der Bindung zwischen Menschen einer Familie ergibt sich die Unaustauschbarkeit und auch Unantastbarkeit, das Hoheitsgebiet Familie. In Art. 126 der Bayerischen Verfassung heißt es dazu: „Die Eltern haben das natürliche Recht und die oberste Pflicht, ihre Kinder zur leiblichen, geistigen und seelischen Tüchtigkeit zu erziehen. Sie sind darin durch Staat und Gemeinden zu unterstützen. In persönlichen Erziehungsfragen gibt der Wille der Eltern den Ausschlag.“ Im Sinn und Geist dieses Auftrags anerkennt wertorientierte Familienpolitik, dass die elterliche Verantwortung Vorfahrt hat, und schafft deshalb Vielfalt durch Wahlfreiheit. Die Richtschnur für gute Familienpolitik ist daher eine doppelte Fragestellung: erstens die Frage, was Kinder brauchen, und zweitens, was Eltern wollen.

WAS KINDER BRAUCHEN: VERTRAUEN UND BINDUNG

Das, was Kinder brauchen, ist in jedem Alter, bei jedem Kind anders. Wenn wir über Krippe, Tagesmütter und Betreuungsgeld reden, dann müssen wir uns über die Bedürfnisse von ein- oder zweijährigen Kindern unterhalten. Hierzulande herrscht offenbar in breiten Kreisen eine geradezu frappierende Unkenntnis hinsichtlich der unterschiedlichen kindlichen Bedürfnislagen in unterschiedlichen Lebensaltern. Ein einjähriges Kind ist kein zu kurz geratenes Schul- oder Vorschulkind. Das ist wichtig festzuhalten, denn in der Diskussion werden gerne Studien über Kleinkinder und deren vermeintlichen und tatsächlichen Bildungschancen herangezogen. Tatsächlich aber beschäftigen sich solche Studien in der Regel mit Kindergarten- oder Vorschulkindern.

Was also braucht ein Kleinkind in den ersten beiden Lebensjahren und darüber hinaus? Für jedes Kind, in besonderem Maße aber für das ein- und zweijährige, sind dessen Eltern die wichtigsten Menschen. Dabei spielt es keine Rolle, welche Sprache sie sprechen, wie viel Geld sie haben oder ob die Politik sie als bildungsfern bezeichnet. Was zählt, ist die Qualität der emotionalen Bindung. Nur wenn Bindung gelingt, kann das Kind mit seiner Umwelt sicher interagieren, ein realistisches Selbst- und Fremdbild aufbauen und ein stabiles Selbstgefühl entwickeln, seine Gefühle verstehen, seine Affekte regulieren lernen und damit eine Persönlichkeit werden. Die Familie ist in jedem Fall und unabhängig von der Betreuungsform der erste und ursprünglichste Bildungsort.

Bindung ist ein eigenes, anthropologisch tief-sitzendes emotionales Grundbedürfnis. Es kann nicht kompensiert oder ersetzt werden, auch und gerade nicht durch Mathematik oder Englischkurse für Zweijährige. Bindung ist die Grundlage der Persönlichkeit des Kindes. Wie Eltern ihren Kindern Bindung ermöglichen und sie erziehen, ist ihre Sache. Das ist elterliche, nicht staatliche Verantwortung, und auch nicht die Verantwortung der Wirtschaft. An diese Verantwortung müssen wir wieder stärker appellieren.

Es geht also nicht darum, Eltern, die ihre Kinder erziehen und dabei eine Krippe in Anspruch nehmen, gegen Eltern, die ihre Kinder zu Hause erziehen, auszuspielen. Niemand sollte die Qua-

lität elterlicher Erziehungsleistung von der Wahl der Betreuungsform abhängig machen. Auch „Krippeneltern“ erziehen selbstverständlich ihre Kinder gut und schenken ihnen Zeit und Zuwendung. Aber genauso gilt: Eltern, die ohne Krippe erziehen, behindern nicht die Bildung und den Weg ihrer Kinder. Sie müssen wissen, dass es wichtig ist, darauf zu achten, dass die Betreuungsform ihrem Kind entspricht. Und dieses Gefühl sollten wir Eltern wieder viel stärker geben, denn es ist verloren gegangen im Rahmen vieler Diskussionen.

Auch wenn die externen Bildungsanreize erst mit zunehmendem Alter Einfluss gewinnen, unsere Krippen sind wichtige Hilfen für Eltern, die – aus welchen Gründen auch immer – schon im Kleinkindalter ergänzende Betreuung brauchen oder wollen. Sie sind eine wichtige Säule bayerischer Familienpolitik für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Aber wir dürfen unsere Krippen nicht künstlich überhöhen. Sie sind bei Unter-Dreijährigen vor allem eine Betreuungseinrichtung, aber weder ein Reparaturbetrieb für Elternversagen noch gar Garant für späteren Bildungserfolg.

WANN IST EIN KIND KRIPPENFÄHIG?

Die Debatte um das Betreuungsgeld hat voll und ganz den Blick dafür verstellt, dass Krippenbetreuung – vor allem, wenn sie früh und lange erfolgt – nicht nur nicht der Königsweg ist, sondern für ein Kind auch Stress bedeuten kann.

Kinder, die früh und lang in der Krippenbetreuung sind, brauchen besonders kompetente Eltern. Denn der Krippenbesuch ist mit Trennung verbunden. Und aus der Entwicklungspsychologie, namentlich der Bindungs- und Verhaltensforschung, wissen wir: Trennung bedeutet für ein ein- oder zweijähriges Kind oft Angst. Und Angst heißt Stress. Wir müssen uns der Tatsache stellen: Krippe kann im Einzelfall Stress sein.

Gerade aus Dänemark, aus dem Land, das von der Wissenschaft in der Kleinkindbetreuung „Bestnoten“ zur Betreuungsquote und -qualität bescheinigt bekommt, erreichen uns in letzter Zeit mahnende Worte: „Die Debatte um den Ausbau der Kindertagesstätten in Deutschland ist zur Zeit überhitzt, ziemlich verworren und teils mit Ideologie überfrachtet“, so die Außenansicht des dänischen Familientherapeuten Jesper Juul vor

einigen Monaten in der Süddeutschen Zeitung. Er geht davon aus, dass etwa ein Fünftel der ein- und zweijährigen Kinder darunter leidet, in die Kita gehen zu müssen, weil sie Trennungängste haben.

Wichtig sind also nicht nur die Betreuungsform, sondern auch der Beginn und die Betreuungslänge. In Bayern gehen 60 % der ein- und zweijährigen Kinder länger als 20 Stunden in der Woche in die Krippe und 30 % länger als 7 Stunden am Tag.

Wir müssen deshalb endlich darüber reden, wann ein Kind krippenfähig ist. Nur weil der Staat ein Angebot bereithält, heißt das noch nicht, dass es für jedes Kind ideal ist. Diese Entscheidung kann und will niemand den Eltern abnehmen. Es geht deshalb ganz zentral um die Frage, wann Kinder „krippenfähig“ sind. In Schweden etwa müssen Kinder zu laufen und zu sprechen begonnen haben, damit sie in die Krippe gehen können. Die Bindungsforschung sagt klar: In den ersten 12 bis 18 Monaten baut das Kind die Bindungsbeziehungen zu seinen Eltern auf und braucht sehr intensive Zuwendung, Nähe und Fürsorge durch beständige, feinfühlig Bindungspersonen in einem vertrauten Umfeld. Kinder müssen deshalb behutsam an die Krippe herangeführt werden. Sie brauchen dafür eine etwa 4 bis 6 Wochen umfassende, elternbegleitete und bezugserzieherinnenorientierte Eingewöhnungsphase.

Wir sollten im Dialog mit der Wissenschaft Leitlinien für Eltern entwickeln, um ihnen Kriterien an die Hand zu geben, die ihnen helfen, die für sie passende Betreuungsform für ihr ein- oder zweijähriges Kind zu finden. Jedes Kind ist anders. Die Krippeneignung ist individuell und ganz unterschiedlich.

WAS ELTERN WOLLEN: WAHLFREIHEIT DURCH MODULARE LEBENSLÄUFE

Die Wünsche der Familien in Deutschland an die Politik sind höchst unterschiedlich. Das zeigt sich ganz besonders in der Frage der Betreuung von Kindern unter drei Jahren.

Den Menschen in den Mittelpunkt stellen, heißt deshalb auch, Eltern in ihrem Gestaltungs- und Erziehungswillen ernst zu nehmen. Eltern haben den natürlichen Wunsch, selbst zu entscheiden, welches Familienmodell sie wie leben wollen. Sie

wollen für ihre Kinder da sein können. Und sie wollen finanzielle Sicherheit. Hier lohnt auch ein Blick ins Ausland. Schauen wir z. B. nach Frankreich. Der französische Staat fördert die Vielfalt, nicht die Einfachheit. Frankreich hat eine Geburts- und Adoptionsbeihilfe, ein Betreuungsgeld, die öffentliche Hand übernimmt aber wahlweise auch die Kosten für eine staatlich anerkannte Kinderfrau, die ins Haus kommt. Es gibt Länder, die die Sozialversicherungsbeiträge für die Nanny übernehmen und differenzierte Zusatzhilfen haben: altersabgestuft und gestaffelt je nach Einkommen und Einschränkung der Erwerbstätigkeit. Der französische Staat gibt dafür deutlich mehr aus als das, was wir hierzulande diskutieren.

Bayern strebt aus einem ganzheitlichen lebensphasenorientierten Familienverständnis echte Wahlfreiheit an. Diese Lebensphasenorientierung ist ein Gebot der Lebenswirklichkeit in diesem Land. Denn: Moderne Lebensentwürfe sind heute mit der Notwendigkeit der Erwerbsarbeit verbunden. Heute ist der Lebensentwurf „Hausfrau“ oder „Hausmann“ die Ausnahme. Unser ehemaliger Bundespräsident Horst Köhler bringt das auf den Punkt, wenn er feststellt: „Die jungen Menschen von heute arbeiten, ob sie aber daneben auch noch Kinder bekommen, das ist eine andere Frage.“

Die Frage ist, gerade bei der heutigen Lebenserwartung, nicht mehr, ob jemand erwerbstätig ist oder nicht. Die Frage ist vielmehr, ob es in Zukunft noch gelingen wird, Leben und Arbeiten so auszutarieren, dass sich Phasen der Familienarbeit ohne zu große Chancenverluste in die Arbeitsbiographie integrieren lassen.¹

Dafür brauchen wir Wahlfreiheit für individuelle Lebensentwürfe und modulare Lebensläufe. Auch da geht es um Rahmenbedingungen. Aber wir müssen dabei auch auf die Einstellung der jungen Menschen achten. Es hat ein Mentalitätswandel stattgefunden. Das kann uns passen oder nicht, aber viele junge Menschen, und die haben wir vielleicht auch so erzogen, haben ein ausgeprägtes Sicherheitsgefühl. Vor der Familiengründung wollen sie die existenziellen Fragen des Lebens geklärt wissen: unbefristetes Arbeitsverhältnis, gutes Einkommen, eigene Immobilie. Das ist in keinem anderen Land so ausgeprägt wie bei uns. Dieses Sicherheitsbedürfnis müssen wir ins Kalkül ziehen.

Hilfreich für Familiengründungen sind daher – mehr als früher – sichere und stabile Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt, genauso wie verlässliche Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir investieren daher massiv in die Unterstützung der Kommunen beim Ausbau der Kinderbetreuungsangebote und kämpfen auf Bundesebene für das Betreuungsgeld. Dabei war und ist klar: Der Rechtsanspruch auf den Krippenplatz und das Betreuungsgeld gehören untrennbar zusammen. Wir wissen aus der Familienforschung, und alle Zahlen belegen es, dass zwei Drittel die Betreuung ihres einjährigen Kindes in dieser sensiblen Bindungsphase anders organisieren wollen als mit Krippen. Das Betreuungsgeld erweitert die Gestaltungsspielräume für die Eltern von ein- und zweijährigen Kindern, die ab 2013 die Betreuung ihres ein- oder zweijährigen Kindes selbst leisten oder privat organisieren wollen. Es sichert die freie Wahl zwischen Krippe, Tagespflege, familiär oder privat organisierter Betreuung. Das Betreuungsgeld ist deshalb nicht nur nicht verfassungswidrig, sondern es ist im Lichte des massiven Krippenplatzausbaus und des Rechtsanspruchs ein Gebot im Sinne der Art. 3 und 6 Grundgesetz.

Der Ausbau der Kinderbetreuung läuft in Bayern auf Hochtouren. Die Bundesmittel in Höhe von 340 Mio. Euro sind längst gebunden – seit November 2010. Jetzt hat der Bund nochmal 91,7 Mio. Euro draufgelegt. Den Großteil der Ausbauleistung der Kommunen finanzieren wir aber aus Landesmitteln mit unserem „Sonderinvestitionsprogramm Kinderbetreuungsfinanzierung 2008-2013“: Jeder neue Krippenplatz wird daraus mit durchschnittlich 70 % staatlich subventioniert, bis 2013 werden wir hierfür rund eine Milliarde Euro investieren. Dazu geben wir in Bayern momentan im Jahr über eine Milliarde Euro nur an Betriebskostenförderung aus. Und wir haben als einziges Land den Kommunen eine Ausbaugarantie gegeben, jeden neuen Platz bis Ende 2013 mit diesen guten Konditionen zu fördern. Deshalb gilt schon heute: Kein Platz scheitert am Geld des Freistaats. Bayern hat heute für ein- und zweijährige Kinder eine Betreuungsquote von rund 43 %. Bis 2013 werden wir etwa 52 % erreicht haben. In keinem anderen familienpolitischen Feld hat sich in wenigen Jahren so viel bewegt wie in der Kinderbetreuung. Wir sind zu-

dem die einzigen, die dabei auch noch in die Qualität investiert haben, mit erhöhten Personalkostenzuschüssen und kleineren Gruppen, mit verbesserter Förderung von Landkindergärten und Inklusion.

Wir in Bayern leisten uns als eines von vier Bundesländern auch ein eigenes Landeserziehungsgeld als Familienleistung im Anschluss an das Bundeselterngeld. Wir investieren dafür über 80 Mio. Euro im Jahr. Wir schaffen damit Raum für Familie und verhindern zugleich finanzielle Engpässe im Anschluss an das Elterngeld. Damit federn wir das Armutsrisiko von kinderreichen Familien und Alleinerziehenden ab. Seit seiner Einführung 1989 haben wir bayerische Familien allein durch diese Leistung mit über 2,7 Mrd. Euro gefördert. Alleinerziehende profitieren in besonderer Weise vom Landeserziehungsgeld. Für 88 % der Alleinerziehenden stellt es einen wichtigen Beitrag zu ihrem Haushaltsbudget dar. Auch deshalb hat Bayern mit das geringste Armutsrisiko bei den Alleinerziehenden.

Aber das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist nicht auf das Krippenalter beschränkt. Im Gegenteil. Es läuft etwas falsch, wenn wir für unsere Einjährigen flächendeckend Ganztagsplätze mit einer 40-Stunden-Woche zur Verfügung stellen und dabei die Ganztagschule oder die Ganztags-Nachmittags-Angebote vernachlässigen. Vereinbarkeit von Familie und Beruf endet nicht mit dem vollendeten zweiten Lebensjahr, sondern beginnt dann erst wirklich virulent zu werden. Denn nicht die Babypause ist für die Erwerbsbiographie von Müttern das zentrale Problem, sondern das jahrelange Verharren in der Teilzeitfalle. Der vehemente Kampf der Wirtschaft gegen Leistungen wie Elterngeld oder Betreuungsgeld ist zynisch, wenn man sieht, wie die Arbeitgeber Potenziale von Müttern älterer Kinder verschenken. Zwei Drittel der meist gut ausgebildeten, aber unterhalb ihrer Potenziale eingesetzten Mütter würden nach kurzer Zeit gerne wieder mehr als halbtags arbeiten – ein Fachkräftereservoir, das die Wirtschaft bis heute links liegen lässt.

BILDUNGSORT FAMILIE: ERZIEHUNGSVERANTWORTUNG EINFORDERN, ERZIEHUNGSKOMPETENZ STÄRKEN

Wer Kinder hat, weiß: So schön und erfüllend ein Leben mit Kindern ist, so anspruchsvoll ist es

auch, sie zu erziehen. Gerade weil Eltern die Schlüsselposition für die Lebenschancen ihrer Kinder haben, muss der Staat Eltern etwas zutrauen und sie in ihrer besonderen Funktion für ihre Kinder stärken. Wir müssen eine starke verantwortungsbewusste Gesellschaft bilden, in der wir die Familie als selbstbestimmte Verantwortungsebene achten und Hilfe nur dort anbieten, wo sie tatsächlich gebraucht wird. Hilfe darf Eltern nicht entmündigen, sondern sie muss Familien unterstützen, die Verantwortung über ihr eigenes Leben selbst in die Hand zu nehmen. Wir in Bayern fordern die Erziehungsverantwortung der Eltern ein und fördern sie in ihrer Erziehungskompetenz.

Die ganz große Mehrheit der Eltern erzieht ihre Kinder gut. Politik und Staat sollten sich niemals anmaßen, Kinder besser betreuen zu können als Mutter und Vater. Natürlich gibt es Qualitätsunterschiede in der Erziehungskompetenz der Eltern. In den wenigen Fällen aber, wo Eltern überfordert sind und die Familie über geringe Ressourcen verfügt, um ihren Kindern Anregungen zu geben, ist der Staat gefordert. In diesen Fällen kommt es auf gezielte Hilfen an. Denn Kinder sind keine von ihren Eltern losgelösten Bildungssubjekte, bei denen Kindertageseinrichtungen und Schule alles wettmachen können, was in der Familie versäumt wurde. Gerade weil es vor allem auf die Eltern ankommt, erreichen wir mehr Chancengerechtigkeit für Kinder aus belasteten Familien nur dann, wenn wir die Eltern mitnehmen, ihre Kompetenz stärken, anstatt ihre Kinder strukturell von ihnen zu trennen. Deshalb ist es so wichtig, dass bundesweit die frühen Hilfen ausgebaut und die verschiedenen Dienste für Familien stärker vernetzt arbeiten.

In Bayern bauen wir seit 2008 unsere Familienstützpunkte und den Elterntalk flächendeckend und wohnortnah aus. Wir unterstützen 180 Erziehungsberatungsstellen. Und natürlich sorgen wir uns auch um das Wohl unserer Kleinsten. Deshalb haben wir die koordinierenden Kinderschutzstellen geschaffen. Dabei vernetzen wir alle Akteure, damit wir Missbrauch und Vernachlässigung frühzeitig erkennen und kein Kind verloren geht.

Aber bei allem, was wir tun, dürfen wir uns nie der Illusionen hingeben, dass der Staat Mutter oder Vater ersetzen kann. Denn die Familie

ist der erste und ursprünglichste Bildungsort. Wir müssen endlich wegkommen von den Zeiten, da der Staat in Familien hineinregiert und durch Weichenstellungen schlechtes Gewissen erzeugen will, Eltern noch stärker verunsichert, statt sie zu stärken, zu ermutigen, zu stützen und auf sie zu bauen. Der kluge Staat tut das, weil er weiß, er wird nie in der Lage sein, ihre Leistung zu ersetzen. Der Staat kann nur Geld, aber nicht Elternliebe geben.

Wertorientierte Familienpolitik lenkt nicht, sondern ermöglicht Individualität durch den Dreiklang aus ideeller, finanzieller und struktureller Unterstützung. In diesem Verbund entsteht Raum für Vielfalt.

|| CHRISTINE HADERTHAUER, MDL

Bayerische Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

ANMERKUNG

- ¹ Siehe hierzu Politische Studien, Themenheft 1/2012: Arbeit und Leben im Einklang, München 2012.